



Wie hoch ist der ökonomische Nutzen der EU für Österreich?

Kurzanalyse zu einem möglichen "Öxit"

**Gabriel Felbermayr (WIFO),
Inga Heiland (NTNU)**

Juni 2024

Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Wie hoch ist der ökonomische Nutzen der EU für Österreich?

Kurzanalyse zu einem möglichen "Öxit"

Gabriel Felbermayr (WIFO), Inga Heiland (NTNU)

Juni 2024

Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Wie würde sich der Wohlstand in Österreich verändern, wenn es die Europäische Union plötzlich nicht mehr gäbe? Die Simulationsergebnisse zeigen: Nach vollständiger Anpassung an die neuen Rahmenbedingungen wäre der Realwert des Bruttoinlandsprodukts (in Preisen von 2022) zwischen 35 und 47 Mrd. € niedriger. Bei einem überraschendem Öxit käme es kurzfristig wohl zu einem doppelt so hohen Schaden. Pro Kopf gerechnet lägen die wirtschaftlichen Einbußen zwischen 2.735 € und 5.190 € (90% Konfidenzintervall, Mittelwert 3.860 €), damit liegt Österreich im EU-Ranking auf Platz 6 von 27, wobei die ersten drei Plätze auf sehr kleine EU-Mitgliedsstaaten entfallen. Von diesen Bruttoeffekten wäre der österreichische Nettobeitrag abzuziehen, der im Jahr 2022 zwischen 113 € und 184 € pro Kopf lag. Die Analyse kann mit Hilfe der tatsächlichen Effekte des Ausscheidens des Vereinigten Königreichs aus der EU validiert werden. Sie identifiziert allerdings nur Untergrenzen für die wahren Kosten, weil die Vorteile der EU-Integration auf die Innovationsfähigkeit, die Außen- und Sicherheitspolitik oder die individuelle Freiheit der Bürger:innen nicht quantifiziert werden können. Obwohl die EU-Mitgliedschaft ein ausgezeichnetes Geschäft für Österreich darstellt, verbleiben im Binnenmarkt große interne Barrieren. Deren Beseitigung, etwa durch Schaffung eines Binnenmarktes für Energie, einer Kapitalmarktunion oder einer europäischen Infrastrukturinitiative, könnte die ökonomischen Vorteile der EU für Österreich noch einmal deutlich erhöhen und dringend benötigtes Wirtschaftswachstum ankurbeln.

2024/1/S/WIFO-Projektnummer: 0

© 2024 Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Medieninhaber (Verleger), Hersteller: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

1030 Wien, Arsenal, Objekt 20 • Tel. (43 1) 798 26 01 0 • <https://www.wifo.ac.at> • Verlags- und Herstellungsort: Wien

Kostenloser Download: <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/51829805>

Wie hoch ist der ökonomische Nutzen der EU für Österreich?

Kurzanalyse zu einem möglichen "Öxit"

Inhaltsverzeichnis

1.	Zusammenfassung	3
2.	Methodik	4
3.	Der Nettobeitrag Österreichs zum EU-Budget	5
4.	Historische Erfahrungen: Osterweiterung und Brexit	7
5.	Makroökonomische Effekte der EU-Mitgliedschaft Österreichs	8
6.	Wirtschaftspolitische Empfehlungen und Schlussfolgerungen	14
7.	Literatur	16

Wie hoch ist der ökonomische Nutzen der EU für Österreich?

Kurzanalyse zu einem möglichen "Öxit"

Gabriel Felbermayr¹ und Inga Heiland²

1. Zusammenfassung

1. Um den wirtschaftlichen Nutzen der EU-Mitgliedschaft Österreichs abzuschätzen, wird die Auswirkung **Rückabwicklung der bisher erfolgten europäischen Integrationsschritte** analysiert. Die empirisch beobachtbaren Effekte des Binnenmarktes, der Zollunion, der Währungsunion, des Schengenabkommens und der Freihandelsabkommen würden wegfallen, ebenso aber die Nettotransfers an den EU-Haushalt.
2. Die existierende wissenschaftliche Literatur zu den Effekten des Brexits auf das Vereinigte Königreich zeigen, dass die mit solchen Modellen vor dem Bruch mit der EU errechneten Effekte ex post auch eingetreten sind. **Das reale BIP des Vereinigten Königreichs dürfte aufgrund des Brexits um 3,2% bis 6,7% niedriger liegen**, als es sonst wäre.
3. **Gesamtwirtschaftlich würde ein Zusammenbruch der EU in Österreich den Realwert des BIP langfristig im Mittelwert um etwa 7,8% niedriger ausfallen lassen.** Das 90%-Konfidenzintervall reicht von 5,3% bis 10,4% des BIP. In absoluten Zahlen liegt der erwartete Effekt bei 35 Mrd. € (24 bis 47 Mrd. €) pro Jahr. Kurzfristig dürften die wirtschaftlichen Einbußen bei einem unerwarteten Öxit doppelt so hoch sein.
4. **Der wirtschaftliche Vorteil der EU beträgt in Österreich pro Kopf im Mittel circa 3.860 € pro Jahr**, wobei 90% der simulierten Effekte im Intervall von 2.735 € bis 5.190 € liegen. Mit diesem Wert liegt das Land an der 6. Stelle der 27 EU-Mitgliedsstaaten. Die Nettozahlungen an den Haushalt der EU betragen hingegen weniger als ein Zehntel dieses Beitrages pro Jahr, so dass das Land einen großen Nettovorteil pro Kopf von circa 3.700 € pro Jahr erzielt.
5. **Etwa drei Viertel des ökonomischen Vorteils Österreichs stammt aus dem Binnenmarkt.** Die Mitgliedschaft in der Schengenzone und in der Währungsunion bringt deutlich kleinere, aber dennoch signifikante Vorteile. Auch die Zollunion und die Freihandelsabkommen der EU haben einen positiven ökonomischen Wert für Österreich. Weil ein Teil der Nettozahlungen in den Nettoempfängerstaaten für Güter und Dienstleistungen aus Österreich ausgegeben wird, ist der wirtschaftliche Nachteil daraus kleiner als die Höhe der Überweisung.

¹ Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO), Wirtschaftsuniversität Wien (WU), Supply Chain Intelligence Institute (ASCI), CESifo. E-Mail: gabriel.felbermayr@wifo.ac.at. Arsenal, Objekt 20, 1030 Wien, Österreich.

² Norwegian University of Science and Technology Trondheim, CESifo. E-Mail: inga.heiland@ntnu.no. Adolf Øien-bygget, 5081, Gløshaugen, Klæbuveien 72, 7030 Trondheim, Norwegen.

6. **Der Binnenmarkt ist der wichtigste Beitrag der EU zum Wohlstand in Österreich.** Allerdings gibt es erhebliche Wachstumspotenziale durch die weitere Vertiefung des Binnenmarktes. Neben rechtlichen Voraussetzungen braucht es aber auch einen Ausbau der Infrastruktur im grenzüberschreitenden Bereich, etwa der Strom-, Schienen- und Datennetze.

2. Methodik

In dieser kurzen Studie werden Ergebnisse der Autor:innen, die jüngst im *Journal of International Economics* veröffentlicht wurden (Felbermayr, Gröschl und Heiland, 2022), mit besonderem Blick auf Österreich ausgewertet und in Perspektive gesetzt.

Es wird die Frage untersucht, welche wirtschaftlichen Vorteile Österreich aus der Vollmitgliedschaft in der Europäischen Union zieht. Dafür muss ein sogenanntes "Counterfactual Scenario" berechnet werden, das angibt, wie das Land ohne EU dastünde, sich sonst aber nichts änderte. Dabei wird folgendermaßen vorgegangen: In einem ersten Schritt werden die Effekte der Mitgliedschaft in unterschiedlichen Integrationsstrukturen der EU – EU-Budget, Zollunion, Binnenmarkt, Schengenabkommen, Währungsunion, bilaterale Handelsabkommen – mit Hilfe von detaillierten Handels- und Produktionsdaten gemessen. Daraus lässt sich ermitteln, wie sehr verschiedene Elemente der EU-Mitgliedschaft die sektoralen Handelskosten abgesenkt haben.

In einem zweiten Schritt wird ein Simulationsmodell für 43 Länder und 50 Sektoren eingesetzt. Im Basisgleichgewicht repliziert das Modell exakt die Gesamtheit aller aktuell beobachteten bilateralen Handelsströme für Güter und Dienstleistungen in allen Sektoren sowie die sektoralen Produktionswerte in allen Ländern und die makroökonomischen Aggregate wie das Bruttoinlandsprodukt (BIP). Die Parametrisierung dieses Basisgleichgewichtes wird dann so verändert, dass die durch die EU-Mitgliedschaft verursachte Absenkung der Handelskosten rückgängig gemacht wird. Sonst ändert sich nichts. Die Differenz zwischen dem simulierten Gleichgewicht und der aktuell beobachteten Situation (dem Basisgleichgewicht) kann dann als kausaler Effekt der Desintegration der EU verstanden werden. Dabei lassen sich Konfidenzintervalle für alle interessierenden Variablen ausweisen, weil die Modellparameter im ersten Schritt mit Unsicherheit geschätzt wurden. Die Details der Methodik und der Daten sind in Felbermayr et al. (2022) nachzulesen. Hier werden nur die makroökonomischen Auswirkungen dargestellt³.

Wie in unserer Studie für Deutschland in Felbermayr und Heiland (2024) ausgeführt, sind die Ergebnisse als langfristige Effekte zu verstehen, die sich nach vollständiger Anpassung der Volkswirtschaft auf die neuen Bedingungen einstellen. Bei einem unerwarteten Ende der EU wäre kurzfristig mit etwa doppelt so hohen Effekten zu rechnen. Außerdem ist das betrachtete Szenario – eine vollständige Auflösung der EU – für Österreich günstiger als ein unilateraler Austritt (Öxit)⁴, weil damit ein gleichberechtigter Zugang zu den anderen (ehemaligen) EU-Mitgliedsstaaten möglich bleibt. Es wird nicht unterstellt, dass Österreich mit den anderen

³ Felbermayr und Heiland (2024) haben eine ausführlichere Auswertung für Deutschland vorgenommen, welche zusätzliche Erläuterungen und Ergebnisse enthält. Sie ist hier erhältlich: <https://www.insm.de/insm/publikationen/studien/das-bedeutet-ein-eu-austritt-fuer-deutschland>.

⁴ Gleichwohl behandeln wir den unilateralen Austritt (Öxit) und die vollständige Desintegration der EU in dieser Studie der Einfachheit halber als äquivalent.

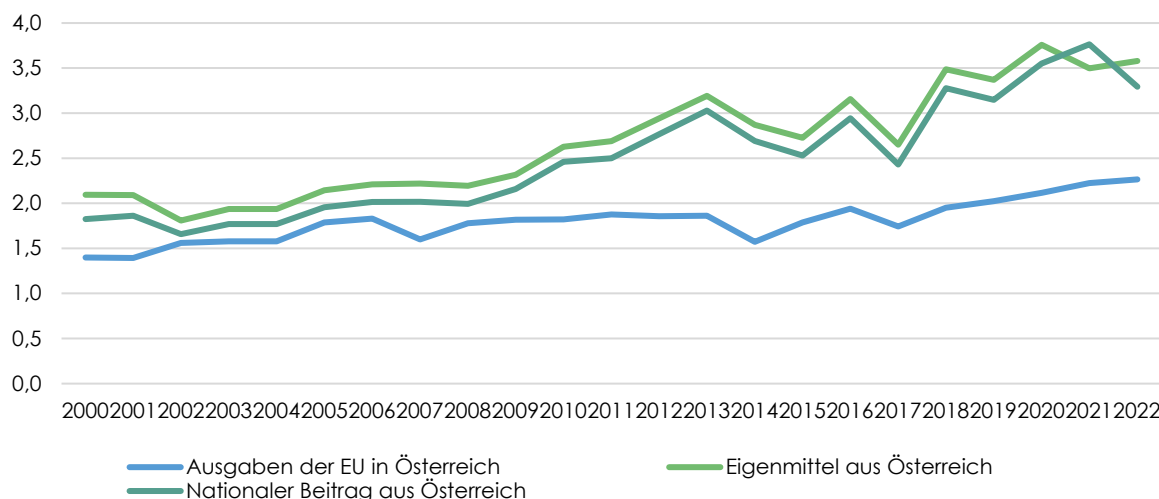
Ländern spezielle Abkommen verhandeln könnte, die über die Meistbegünstigungsklausel der Welthandelsorganisation hinausgehen, weil die Verhandlungsmacht in diesem Fall denkbar gering wäre. Die Erfahrungen der um den Faktor 8 größeren Volkswirtschaft des Vereinigten Königreiches sind, wie unten geschildert wird, nach dem Brexit jedenfalls überaus ernüchternd.

In der Folge wird in aller Kürze dargestellt, welche fiskalischen Kosten die EU-Mitgliedschaft für Österreich erzeugt. Dann erfolgt ein Blick auf die Erfahrungen des Vereinigten Königreiches. Schließlich werden die makroökonomischen Auswirkungen eines Öxits gezeigt. Der letzte Abschnitt bietet Schlussfolgerungen.

3. Der Nettobeitrag Österreichs zum EU-Budget

In den letzten Jahren hat Österreich in den ordentlichen Haushalt der EU jährlich 3 bis 4 Mrd. € einbezahlt. Die höchste Zahlung erfolgte im Jahr 2020. In Summe wurden 3,55 Mrd. € überwiesen. 3,02 Mrd. € davon bemessen sich am Bruttonationaleinkommens (BNE) und 530 Mio. € an den Mehrwertsteuereinnahmen. Dazu kommen einige Korrekturen. Zusätzlich zu diesem „nationalen Beitrag“ erhielt die EU im Jahr 2020 80% der in Österreich angefallenen Zolleinnahmen. Dieser Wert betrug circa 210 Mio. €, wodurch sich Eigenmittel aus Österreich in der Höhe von 3,76 Mrd. € ergeben, was 2,34% der gesamten Eigenmittel der EU ergibt. In den folgenden Jahren waren die Überweisungen an die EU etwas geringer (siehe Abbildung 1). Weil die Zolleinnahmen den Ländern nicht eindeutig zuweisbar sind⁵, zeigt die Abbildung sowohl die Eigenmittel als auch den nationalen Beitrag aus Österreich.

Abbildung 1: Österreichs Einzahlungen in und Auszahlungen aus dem EU-Budget (Mrd. €)



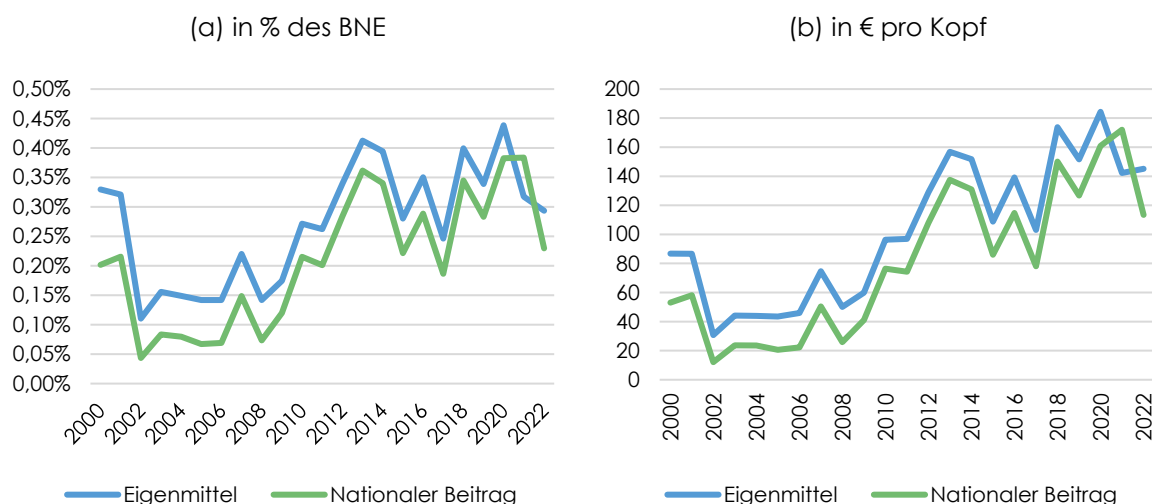
Q: Europäische Kommission, eigene Berechnungen und Darstellung. Transaktionen aus dem NextGenerationEU-Programm (ab 2021) sind nicht berücksichtigt.

⁵ Die EU ist eine Zollunion. Daher ist es unerheblich, ob die Verzollung von eingeführten Waren in genau jenem Land erfolgt, in dem die Waren auch verbraucht werden.

Österreich erhält aus dem EU-Budget Zahlungen, die in den letzten Jahren bei etwa 2,3 Mrd. € lagen. Direktzahlungen an die Landwirte machen etwa ein Viertel der Auszahlungen aus; gefolgt von anderen Zahlungen für die Entwicklung ländlicher Räume und für die wirtschaftliche Kohäsion. Für Investitionen in grenzüberschreitende Netze erhielt Österreich 2022 152 Mio. €, für Forschung (Horizon Europe) 322 Mio. €. Weil die Einzahlungen die Auszahlungen übersteigen, ist Österreich ein Nettozahlerland.

Je nach Berechnungsmethode (Eigenmittel versus nationale Beiträge) macht der Nettobeitrag Österreichs zum EU-Budget in den letzten Jahren zwischen 0,23% und 0,44% des BNE aus. Das sind zwischen 113 € und 184 € pro Kopf (siehe Abbildung 2). So gesehen kostet die Mitgliedschaft Österreichs in der EU pro Tag und Einwohner nicht mehr als 50 Cent. Neben fiskalischen Kosten erzeugt die EU in Österreich aber auch andere, kaum quantifizierbare Kosten, die sich aus dem Verlust eigener nationaler Gestaltungsspielräume ergeben⁶. Wie groß dieser Nachteil ist, ist schwer zu sagen, denn nationale politische Spielräume können auch zum Nachteil Österreichs gereichen. Außerdem bestanden schon vor dem Eintritt in die EU für unsere kleine, offene Volkswirtschaft in vielen Bereichen keine Freiheitsgrade. So wurden die Geldpolitik der Bundesbank und viele Regelungen im EU-Binnenmarkt vollständig übernommen. Gleichwohl zeigt Abbildung 2, dass der Nettobeitrag Österreichs nach der Osterweiterung der EU (2004, 2007) angestiegen ist. Bezogen auf die Kosten pro Kopf ist Österreich der fünftgrößte Financier der EU. Das erscheint adäquat, schließlich hat Österreich auch das fünft höchste BIP pro Kopf in der EU (Zahlen für 2022).

Abbildung 2: Österreichs Nettobeitrag zum EU-Budget in % des Bruttonationaleinkommens und in € pro Kopf



⁶ Für viele Beitrittsländer ist der Verzicht auf autonome Politik ein wichtiger Grund für den Beitritt, weil "schlechte" nationale Politik durch "bessere" unionale Regelungen ersetzt wird,

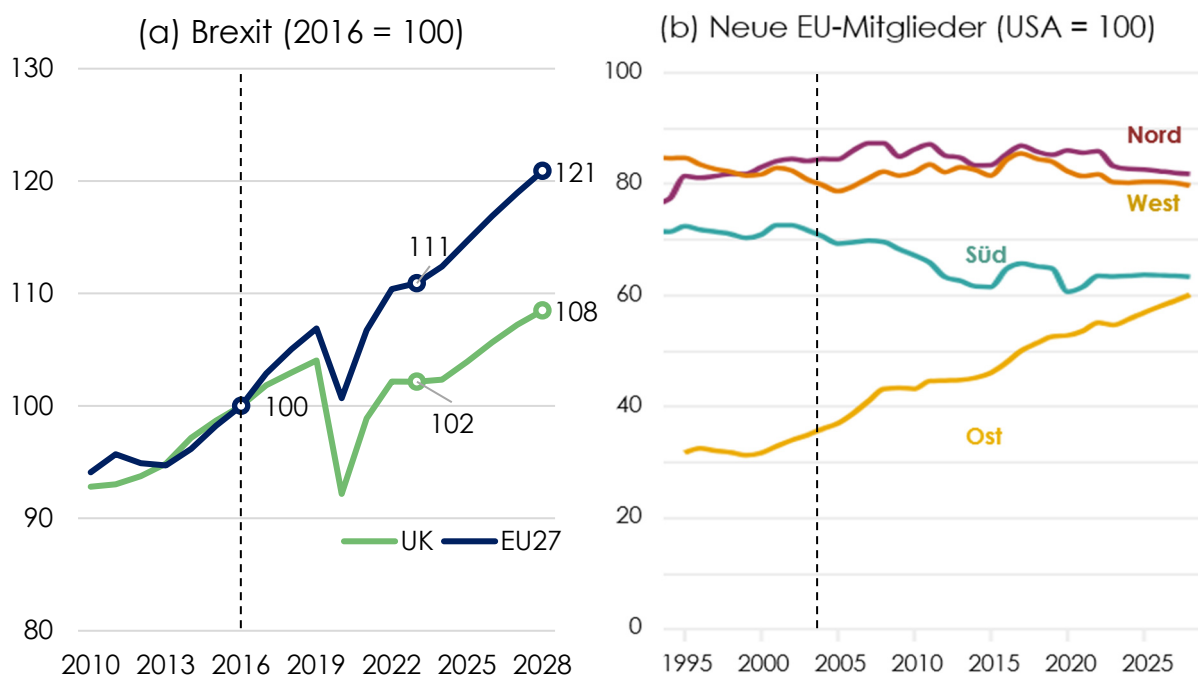
Q: Europäische Kommission, eigene Berechnungen und Darstellung. BNE = Bruttonationaleinkommen. Nettobeitrag ist definiert entweder als Ausgaben der EU in Österreich ("Total Expenditure") abzüglich entweder der aus Österreich erhaltenen Eigenmittel ("Own Resources") oder des nationalen Beitrags ("National Contributions").

Felbermayr (2024) kritisiert, dass die EU ihre Mittel nicht auf die Erstellung europäischer Gemeinschaftsgüter konzentriert. Dies reduziert die Nützlichkeit der gemeinsamen Politik und stärkt den Transfercharakter des Haushalts. Durch die schuldenfinanzierte Aufstockung der Mittel im Rahmen des NextGenerationEU-Programmes (NGEU) in den Jahren 2022 bis 2026 hat sich dieser Sachverhalt leider nicht gebessert. Wie sehr diese neuen Ausgaben Österreich netto belasten, ist noch nicht klar, weil die genauen Modalitäten der Schuldentilgung noch nicht feststehen. Es ist aber davon auszugehen, dass die EU-Mitgliedschaft durch NGEU teurer geworden ist, ob sie auch wertvoller geworden ist, kann aktuell noch nicht gesagt werden und erfordert eine nähere Analyse.

4. Historische Erfahrungen: Osterweiterung und Brexit

Hier ist nicht der Platz, um eine umfassende Analyse der Auswirkungen des EU-Beitritts auf die neuen Mitgliedsstaaten oder des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU vorzunehmen. Die einfachen Zahlen aus der offiziellen Statistik sind eindrucksvoll genug. Abbildung 3(a) zeigt, dass das reale BIP pro Kopf im Vereinigten Königreich seit dem Datum des Brexit-Referendums um 2% gewachsen ist, während es in den EU-27-Ländern um 11% gestiegen ist. Springford (2023) zeigt, dass nicht die Gesamtheit der Differenz auf den Brexit kausal zurechenbar ist; bis 2022 sind im Vereinigten Königreich wohl 3,2% bis 6,7% an Wirtschaftsleistung verloren gegangen. Das ist in etwa die Größenordnung der Verluste, die von verschiedenen Studien mit Hilfe von Simulationsmodellen, wie es auch in dieser Studie eingesetzt wird, vorhergesagt wurden. Insofern kann man die Erfahrungen mit dem Ausscheiden des Vereinigten Königreichs aus der EU als Validierung der Modelle ansehen.

Abbildung 3: **BIP pro Kopf (Kaufkraftparitäten) nach Bei- bzw. Austritt in bzw. aus der EU**



Q: Weltwährungsfonds; Bruegel. Nord-EU: DK, FI, SE; West-EU: AT, BE, DE, FR, LU, NL; Süd-EU: CY, IT, MT, PT, ES; Ost-EU: BG, CZ, HR, EE, HU, LV, LT, PL, RO, SK, SV. Eigene Darstellung.

Umgekehrt zeigt Abbildung 3(b), dass die Länder, die der EU von 2004 bis 2012 beigetreten sind, ihr BIP pro Kopf als Anteil des US-Wertes von etwa 35% im Jahr 2004 auf 57% im Jahr 2022 steigern konnte. Etwa die Hälfte der beobachteten Konvergenz dürfte kausal auf die EU-Mitgliedschaft zurückzuführen sein. Laut Prognose gehen die in Abbildung 3 gezeigten Trends im Zeitraum 2024/2028 weiter.

5. Makroökonomische Effekte der EU-Mitgliedschaft Österreichs

Wie im ersten Kapitel beschrieben, können mit Hilfe des Modells von Felbermayr et al. (2022) die Effekte der Desintegration der EU simuliert werden. Im Zuge einer Desintegration der EU würde durch die Wiedereinführung von Zöllen der Import von Gütern aus bisherigen EU-Mitgliedern verteuert; Importe aus Drittstaaten, gegenüber welchen bisher schon Zölle bestanden, werden hingegen relativ betrachtet billiger. Eine Erhöhung von nichttarifären Barrieren, etwa durch die Wiedereinführung von Produktkontrollen, die graduelle regulatorische Divergenz, Grenzkontrollen, das Wiederentstehen von nationalen Währungen und die damit verbundenen Wechselkursschwankungen, sowie eine höhere Unsicherheit im grenzüberschreitenden Verkehr haben ähnliche, aber quantitativ viel wichtigere Wirkungen. Im Unterschied zu Zöllen entstehen dadurch aber keine neuen Staatseinnahmen – im Gegenteil, kommen je nach Land unterschiedliche Produktstandards zur Anwendung, entsteht dadurch zusätzlicher Aufwand, der anderen – konsumtiven oder investiven Aktivitäten – die Ressourcen entzieht.

Neben einem höheren Ressourcenverbrauch verzerrt das Wiedereinführen von Handelsbarrieren die Produktions- und Konsumstruktur der Länder. Durch die neuen Hemmnisse muss mehr

im Inland hergestellt werden, was im Inland konsumiert werden soll. Die Ausnutzung der Vorteile der internationalen Arbeitsteilung geht zurück, die Diversität der zum Konsum, für Investitionszwecke oder als Inputs in der Produktion zur Verfügung stehenden Güter und Dienstleistungen fällt.

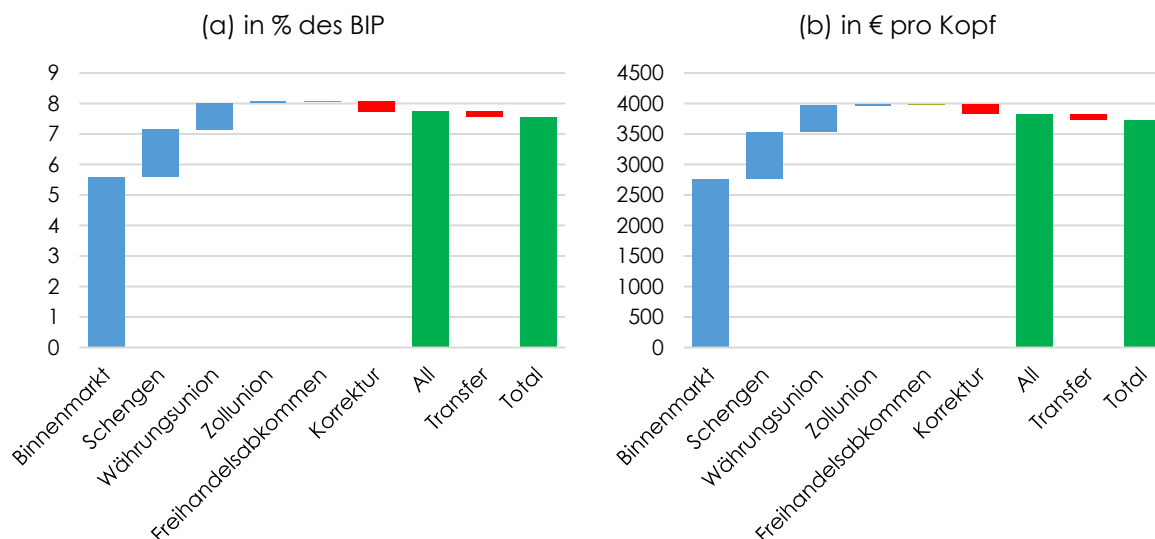
Die Konsequenz ist einerseits eine Handelszerstörung zwischen den bisher gemeinsam in der EU befindlichen Ländern und andererseits eine Handelsumlenkung hin zu bisherigen Drittstaaten, deren Unternehmen nun identische Bedingungen vorfinden wie die EU-Unternehmen selbst. Weil die so entstehende Handelsstruktur in der Regel weniger effizient ist wie jene bei insgesamt niedrigeren Handelsbarrieren, sinken die Einkommen und steigen die Preise. Diese makroökonomischen Effekte reduzieren das Handelsvolumen weiter. Daran ändern auch die nun wieder fließenden Zolleinnahmen wenig.

Interessant ist auch das Ende von fiskalischen Transfers. Österreich als Nettozahler leistet Transfers an andere Mitgliedsstaaten, die mit den ihnen so zufließenden Mitteln zusätzliche Güter und Dienstleistungen nachfragen können. Wenn es sich dabei um Nettoexportgüter handelt, treiben die Transfers die relativen Preise unserer Exportgüter nach oben, was zu Wohlstandsgewinnen führt, welche die direkten negativen Effekte der Transfers teilweise kompensieren können. Geben die Empfänger der Transfers die Mittel für Dinge aus, die Österreich im Durchschnitt importiert, dann führen die dadurch steigenden Importpreise zu zusätzlichen Wohlstandsverlusten. Diese uneindeutigen Effekte werden im Simulationsmodell abgebildet.

Die aggregierten makroökonomischen Effekte (BIP-Effekte), die im Modell berechnet werden, beziehen sich auf den sogenannten Realwert des BIP (Nierhaus, 2022). Das bedeutet, dass die im Modell resultierenden Einkommen mit Hilfe des Preisindex der letzten inländischen Verwendung (allgemein gesprochen, für Konsum- und Investitionszwecke privater Haushalte und des Staates) bereinigt werden, nicht, wie in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung sonst üblich, mit dem Preisindex der heimischen Produktion (dem BIP-Deflator). Das ist eine wichtige Unterscheidung, weil für die Wohlfahrtswirkung von handelspolitischen Szenarien nicht der Wert der Produktion, sondern die durch heimische Wertschöpfung erzielte Kaufkraft ausschlaggebend ist.

Eine Desintegration der EU würde zunächst zu Veränderungen im grenzüberschreitenden Wirtschaftsverkehr führen. Daraus resultieren Anpassungen der sektoralen Wertschöpfung und schließlich des Realwertes des BIP. Der Schaden der Desintegration ist langfristig identisch mit dem Nutzen der EU. Abbildung 4 zeigt daher den Zuwachs zum Realwert des BIP, der durch die unterschiedlichen Integrationsformen der EU im Vergleich zu einer Situation ohne EU entsteht. Der Realwert ist ein Maß für die Kaufkraft der im Inland erwirtschafteten Einkommen. Während das reale BIP die heimischen Einkommen in Einheiten der produzierten Güter und Dienstleistungen erfasst, misst der Realwert die Einkommen in Einheiten der verbrauchten (Konsum und Investitionen) Güter und Dienstleistungen.

Abbildung 4: Langfristige Effekte der EU-Mitgliedschaft auf den Realwert des BIP und Beiträge der Komponenten in Österreich



Anmerkung: Anteil des Realwertes des BIP, der durch eine Desintegration der EU langfristig in Österreich verloren gehen würde. Die kurzfristigen Effekte einer Desintegration wären ungefähr doppelt so groß wie die langfristigen. Der Realwert des BIP beschreibt im Unterschied zum realen BIP die in Österreich verfügbare Kaufkraft und ist damit ein geeignetes Wohlfahrtsmaß. Alle ausgewiesenen Maße sind statistisch signifikant. Die Korrektur bereinigt die Effekte um Doppelzählungen.

Q: Eigene Berechnungen und Darstellung.

Durch die EU ist der Realwert des BIP in Österreich in Summe unter Einbeziehung aller Effekte um etwa 7,6% höher als er es ohne die EU wäre; siehe Abbildung 4(a). Käme es zu einem Zerfall der EU, wäre dies langfristig der Verlust an Kaufkraft für die österreichische Bevölkerung; kurzfristig wäre mit noch höheren Kosten zu rechnen (Felbermayr und Krebs, 2023). Abbildung 4(b) weist den Effekt in Euro (in Preisen des Jahres 2022) aus. Langfristig wäre pro Kopf mit einer Kaufkraftreduktion in der Höhe von circa netto 3.732 € zu rechnen, kurzfristig wohl mit über 7.000 €⁷. Weil diese Effekte sich auf eine Stromgröße, den Realwert des BIP, pro Jahr beziehen, und daher jedes zukünftige Jahr wieder zu verbuchen wäre, beliefe sich der Gegenwartswert eines EU-Zerfalls auf ein Vielfaches⁸. Rechnet man etwa mit einem Diskontfaktor von 4%, multipliziert sich der Jahreswert mit dem Faktor 25. Unter Vernachlässigung des kurzfristigen Überschießens, käme der Barwert einer Desintegration pro Kopf auf über 93.000 €. Die Verteilung der errechneten Effekte auf unterschiedliche sozioökonomische Gruppen ist mit dem Modell nicht möglich, wäre aber ein lohnendes Ziel künftiger Forschung. Dennoch besteht angesichts solcher Zahlen kein Zweifel an der ökonomischen Sinnhaftigkeit der europäischen ökonomischen Integration.

⁷ Zur besseren Orientierung: das österreichische BIP pro Kopf betrug im Jahr 2022 circa 49.400 €.

⁸ https://www.insm.de/fileadmin/in-sm-dms/downloads/20240420-Dexit_INSM_-final.pdf.

Wie schon auf sektoraler Ebene zeigt sich, dass der Binnenmarkt den größten Beitrag zum Gesamteffekt liefert. Langfristig wäre der Realwert des BIP in Österreich um 5,6% niedriger, das entspricht in Preisen von 2022 einem Wert von circa 2.765 € pro Kopf und Jahr, das sind 74% der Bruttovorteile der EU-Mitgliedschaft.

Der zweitwichtigste Wohlstandstreiber ist die Mitgliedschaft in der Schengenzone. Diese zahlt sich für Österreich, ein Land in der Mitte des Kontinents, besonders aus. Güter, die etwa aus Portugal oder Rumänien nach Österreich transportiert werden, überqueren eine Vielzahl von Binnengrenzen, sodass die Entlastung von Personenkontrollen beim Gütertransport besonders stark ins Gewicht fällt. Ähnliches gilt beim Personenverkehr zur Erbringung von Dienstleistungen oder bei der Anbahnung von Geschäften.

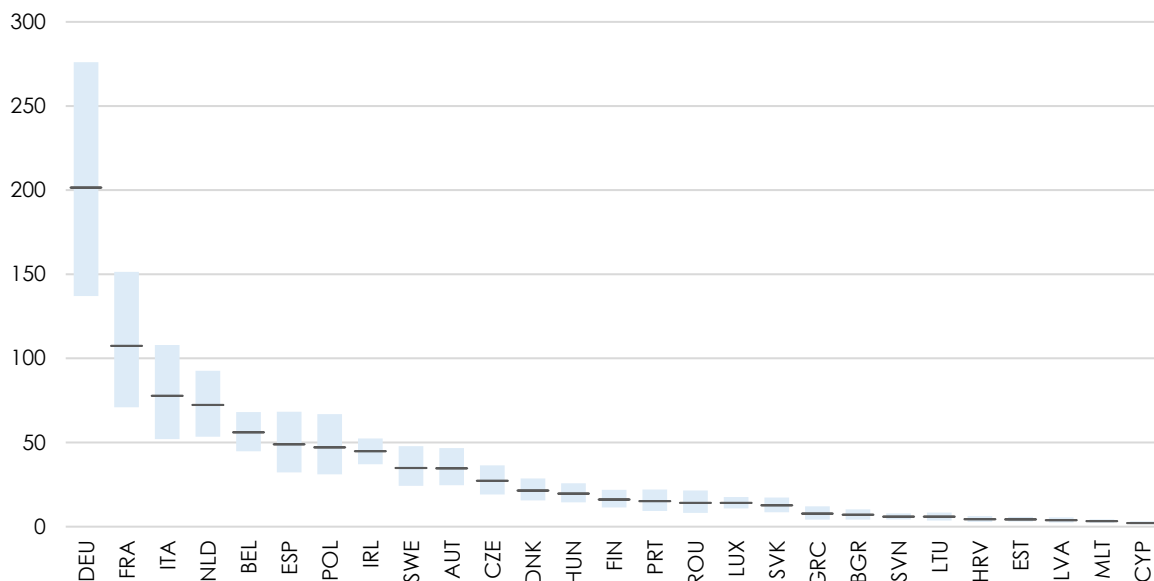
Die Währungsunion kommt als drittwichtigster Faktor hinzu. Pro Kopf ist sie mit einem Vorteil beim Realwert des BIP von circa 434 € verbunden. Auch dieser Effekt ist statistisch von null verschieden und gut abgesichert. Allerdings hat auch der Verzicht Österreich auf eine eigene Geldpolitik Kosten, die in dieser Studie nicht quantifiziert werden können, durch das richtige Design der Euro-Raums aber minimiert werden können (siehe dazu Kapitel 6). Die Zollunion hat hingegen nur einen sehr geringen positiven Effekt. Zwar schmälert die Wiedereinführung von Zöllen die Wertschöpfung in den Sektoren, sie führt aber auch zu Staatseinnahmen und verändert die sogenannten realen Austauschverhältnisse. In Summe bleibt trotzdem ein Schaden auch aus diesem Bereich, wenn es zu einer Desintegration der EU käme. Für Freihandelsabkommen gilt ähnliches; ihr Effekt ist gesamtwirtschaftlich gesehen sehr klein.

Die einzelnen Integrationsschritte ergeben in Summe den Gesamteffekt der EU auf den heimischen Wohlstand. Bei der Zerlegung des Gesamteffektes entstehen allerdings Doppelzählungen, weil die einzelnen Effekte in geringem Ausmaß zueinander in einem substitutiven Verhältnis stehen. Ein kleiner Teil der Handelsschaffung durch den Binnenmarkt (ohne die anderen Maßnahmen) wäre auch durch die Schaffung der Schengenzone (ohne andere Maßnahmen) verfügbar. Daher ist der Gesamteffekt der Abschaffung der EU etwas kleiner als die Summe der Abschaffung der Einzelteile jeweils für sich.

Für die Berechnung des Nettovorteils der EU-Mitgliedschaft Österreichs muss schließlich noch der Nettobeitrag zum EU-Budget berücksichtigt werden. Dieser schmälert den Gewinn um circa 94 € pro Kopf, wobei die schon oben diskutierten Terms-of-Trade-Effekte einberechnet sind. Sieht man sich den Nettobeitrag pro Kopf ohne diese (selbstfinanzierenden) Effekte an, so beträgt er im Jahr 2022 circa 150 €.

Abbildung 5 zeigt die Bruttovorteile (vor Berücksichtigung der Transfers) der Existenz der EU für die verschiedenen EU-Mitgliedsstaaten in Mrd. € (in Preisen des Jahres 2022). Der Gewinn liegt für Österreich zwischen 35 Mrd. € und 47 Mrd. € pro Jahr, wobei dieser Effekt jedes Jahr neu zu Buche schlägt.

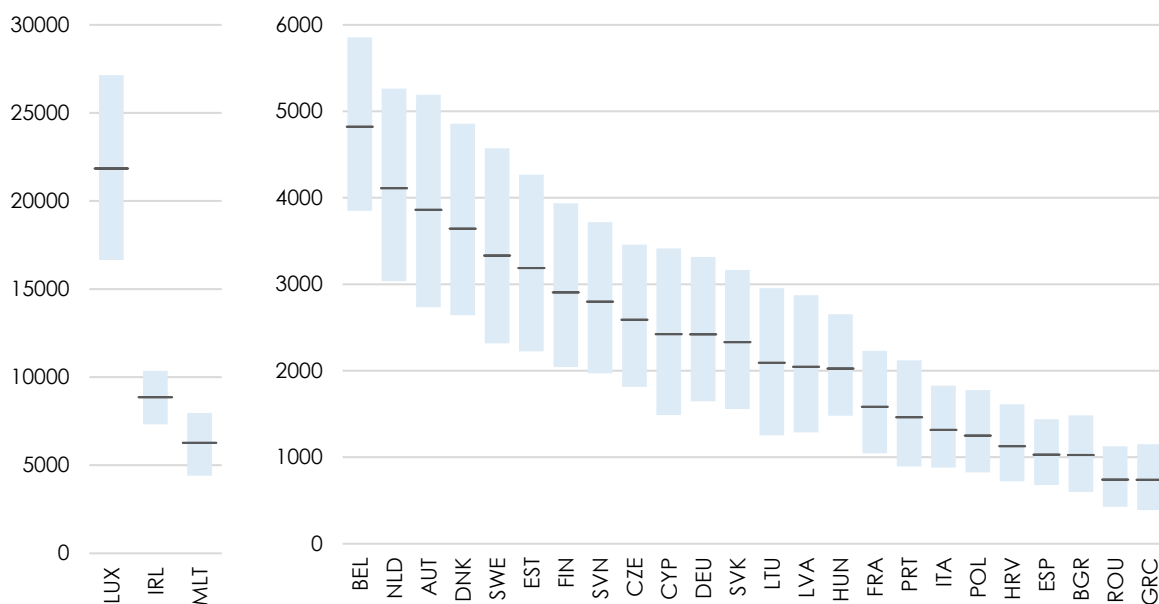
Abbildung 5: **Gesamtwirtschaftliche Bruttovorteile aus der EU-Mitgliedschaft in Mrd. €**



Anmerkung: Zu Preisen des Jahres 2022. Horizontale Linien geben die Punktschätzer an, die vertikalen Balken geben das 90%-Konfidenzintervall an. Alle Effekte sind statistisch signifikant von null verschieden.
Q: Eigene Berechnungen und Darstellung.

Abbildung 6 zeigt, dass die Pro-Kopf-Vorteile der EU-Mitgliedschaft in kleinen reichen EU-Mitgliedsstaaten sehr hoch sein können. In Luxemburg liegt der Pro-Kopf-Vorteil zwischen 16.650 € und 27.150 €. In Irland und Malta liegt er zwischen 5.000 € und 10.000 €. In armen peripheren Mitgliedstaaten sind die Pro-Kopf-Gewinne hingegen klein. In Griechenland belaufen sie sich etwa auf 389 € bis 1.150 €. Diese Heterogenität ist einerseits wirtschaftsgeografisch zu erklären: Eine zentrale Lage innerhalb eines Wirtschaftsraumes schafft Vorteile, etwa durch eine geringere durchschnittliche Belastung von Handelsströmen durch distanzbedingte Handelskosten. Außerdem sind kleine Volkswirtschaften stärker vom Außenhandel abhängig, sodass sie von freien Märkten stärker profitieren als große, die selbst über einen mächtigen eigenen Binnenmarkt verfügen. Diese Effekte erklären aber nicht die ganze Heterogenität. Auch nach vielen Jahrzehnten der EU-Integration sind die Qualität der Institutionen, die Höhe und Qualität des Kapitalstocks und die eigene Wirtschaftspolitik der Länder noch sehr unterschiedlich. Jedenfalls ist die hohe Heterogenität das zentrale Argument für die Kohäsionspolitik der EU, die einen wesentlichen Anteil der Nettopositionen der Länder erklärt. Die damit verbundenen Transfers sind in den Zahlen der Abbildung 5 und Abbildung 6 noch nicht berücksichtigt.

Abbildung 6: **Bruttovorteile aus der EU-Mitgliedschaft pro Kopf in €**

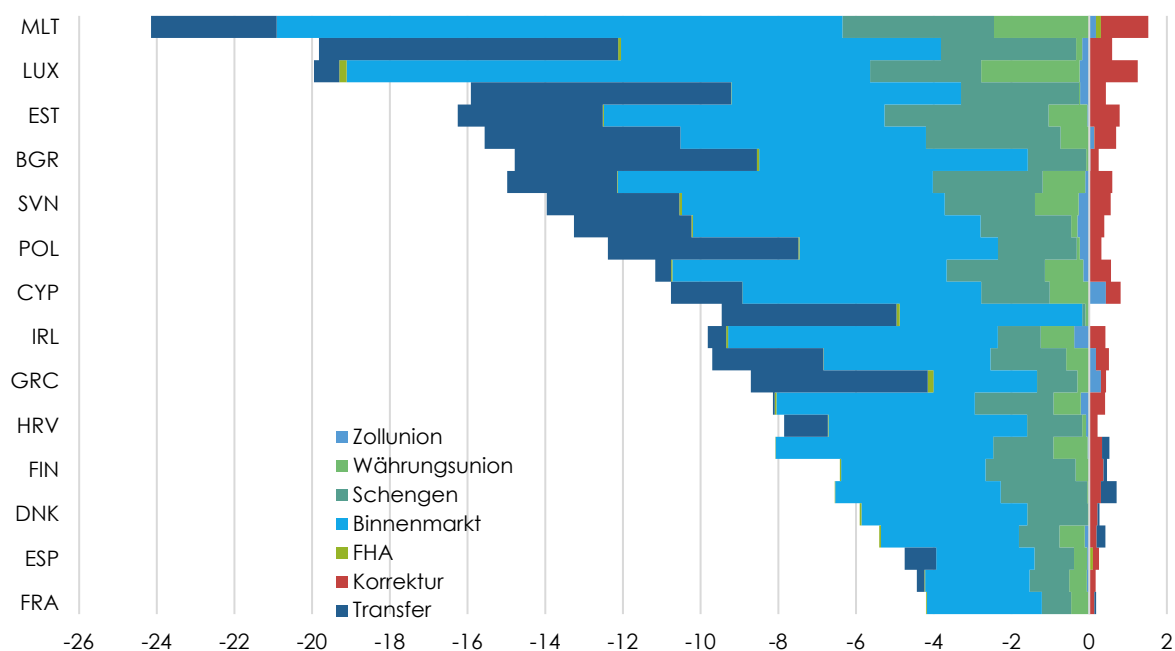


Anmerkung: Zu Preisen des Jahres 2022. Horizontale Linien geben die Punktschätzer an, die vertikalen Balken geben das 90%-Konfidenzintervall an. Alle Effekte sind statistisch signifikant von null verschieden.
Q: Eigene Berechnungen und Darstellung.

Abbildung 7 zeigt die Wohlfahrtseffekte einer EU-Desintegration in Prozent der aktuellen Wirtschaftsleistung im Vergleich der EU-Mitglieder. Hier ergibt sich ein anderes Bild, als wenn man auf aggregierte Euro-Beträge oder Zahlen pro Kopf abstellt. Die Grafik folgt der Logik von Abbildung 4 und zerlegt den Gesamteffekt (inklusive Transfers) in seine Bestandteile. Es zeigt sich, dass die Nettotransfers für die Einschätzung des Nettovorteils der EU-Mitgliedschaft für die ärmeren Länder von großer Bedeutung sind. Für einige Länder, allen voran Griechenland, Ungarn, die baltischen Staaten und Polen, machen die empfangenen Nettotransfers einen ebenso großen Anteil am Realwert des BIP aus wie die positiven Effekte des Binnenmarktes. Gleichzeitig sind die gezahlten Nettobeiträge der reichen Länder wie Niederlande, Deutschland oder Österreich für die Gesamteinschätzung der EU-Mitgliedschaft nur von nachrangiger Bedeutung. Anders gesagt, während die Nettozahler nur geringe prozentuelle Opfer bringen, erhalten die Nettoempfänger eine prozentuell sehr spürbare Verbesserung ihrer Situation.

Die Abbildung zeigt außerdem, dass in allen EU-Mitgliedsstaaten der größte Teil des wirtschaftlichen Nutzens aus dem Binnenmarkt entsteht. Im Durchschnitt beträgt sein Anteil am Bruttovorteil 72%. Der Anteil ist in Ländern, die (während zum Stichzeitpunkt des Basisgleichgewichts) weder in der Schengenzone noch in der Währungsunion sind, am höchsten. In Rumänien etwa liegt er bei 95%. In Finnland und in den baltischen Staaten liegt er nur unwesentlich über 60%. Klar ist auch, dass die Währungsunion nur eher kleinere Wohlstandsbeiträge über die hier betrachteten Handelskanäle liefert. Effekte durch niedrigere Zinsen oder höhere Preisstabilität sind allerdings nicht berücksichtigt. Sie wären jedenfalls mit erheblicher Unsicherheit belastet.

Abbildung 7: **Summe der Wohlfahrtseffekte der EU-Mitgliedschaft in %**



Anmerkung. Zerlegung wie in Abbildung 4, Panel (a).
Q: Eigene Berechnungen und Darstellung.

6. Wirtschaftspolitische Empfehlungen und Schlussfolgerungen

Diese Studie zeigt, dass die Mitgliedschaft Österreichs in der Europäischen Union mit wirtschaftlichen Vorteilen verbunden ist, deren Höhe den Nettobeitrag in den Haushalt der EU mindestens um den Faktor 10 übersteigt. Bräche die EU auseinander, würden diese Nettovorteile verloren gehen. Ein unilateraler Austritt Österreichs (Öxit) hätte vermutlich noch größere, negative Effekte. Die EU-Mitgliedschaft ist für Österreich also ein lukratives Geschäft.

Der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU zeigt, welche Schäden entstehen können. Das reale BIP wird aktuell zwischen 3,0% und 6,7% niedriger geschätzt, als es ohne Brexit gewesen wäre, und das, obwohl ein Freihandelsabkommen existiert und das Vereinigte Königreich über einen großen Inlandsmarkt verfügt. Das deutlich kleinere Österreich profitiert stärker von den Vorteilen der EU aufgrund seiner geographischen Lage und Wirtschaftsstruktur. Eine Abkoppelung von der EU würde es daher auch stärker treffen.

Der größte Beitrag zum volkswirtschaftlichen Nutzen der EU stammt aus dem Binnenmarkt. Aber auch die Schengenzone, die Währungsunion, die europäische Zollunion und die Freihandelsabkommen tragen zum positiven Gesamteffekt bei. Dennoch ist die Zufriedenheit mit der EU laut Euro-Barometer-Umfragen begrenzt. Vor allem Unternehmen zweifeln daran, ob die EU ihnen und der österreichischen Volkswirtschaft wirklich per Saldo Vorteile bringt. Die Bedenken sind insofern berechtigt, als die Einführung des Binnenmarktes bereits mehr als 30 Jahre zurückliegt und die daraus resultierenden Wachstumseffekte weitgehend verpufft sind. Gleichzeitig ergeben viele Studien, dass innerhalb der EU immer noch hohe Hürden im grenzüber-

schreitenden wirtschaftlichen Geschehen existieren. Das gilt vor allem im Handel mit Dienstleistungen. Santamaria et al. (2020) zeigen mit granularen Daten zum intra-europäischen Handel "Europe is far from having a single market". Diese Aussage mag angesichts der in dieser Studie gemessenen Effekte übertrieben erscheinen, sie weist aber auf ein hohes Potenzial für eine weitere Vertiefung und thematische Erweiterung des EU-Binnenmarktes hin.

Die Bereiche Energie, Finanzmarkt und Telekom blieben bei der Konzeption des Binnenmarktes unberücksichtigt. Die Schaffung einer EU-Kapitalmarktunion und einer europäischen Energieunion könnten substantielle weitere Wohlfahrtsgewinne entstehen lassen und für Wachstumsimpulse in Europa sorgen. Eine ambitionierte Vertiefung des Binnenmarktes würde, gemäß den in dieser Studie dokumentierten Strickmustern der bisherigen EU-Integration, ein gutes Kosten-Nutzen-Verhältnis haben. Es ist erfreulich, dass der jüngst erschienene und breit diskutierte Bericht des ehemaligen italienischen Ministerpräsidenten Enrico Letta Impulse in diese Richtung setzt.

Ein großer Vorteil einer Vertiefung des Binnenmarktes liegt darin, dass damit zunächst keine finanziellen Belastungen für die Bürger:innen verbunden sind, weil es um die Hebung von Effizienzgewinnen geht. Allerdings hat der Binnenmarkt auch infrastrukturelle Voraussetzungen. So ist die grenzüberschreitende Infrastruktur – von Stromtrassen, Gaspipelines, Straßen, Schienenwegen bis hin zu Datenleitungen – in Europa nicht ausreichend ausgebaut. Die gemeinsame Schuldenaufnahme im "NextGenerationEU"-Programm hat Investitionen in diese gemeinsamen Infrastrukturen leider gerade nicht angeschoben. Das ist eine verlorene Chance. Umso dringender wird es aber, dass mit Hilfe der EU-Kapitalmarktunion private Mittel für die erforderlichen Investitionen gewonnen werden können.

Europa muss sich rechnen, damit die Bürger:innen dem Integrationsprojekt weiter loyal gegenüberstehen (Felbermayr, 2024). Das bedeutet, dass es seine ökonomischen Vorteile ausspielen muss. Neben der Vertiefung des Binnenmarktes braucht es dafür auch echte Reformen der Währungsunion und der Schengenzone. Damit der Euro ein verlässlicher Stabilitätsanker sein kann, braucht es robuste und durchsetzbare Fiskalregeln. Auch die jüngsten Anpassungen reichen noch nicht aus. Und damit die Schengenzone ihr volkswirtschaftliches Potenzial voll realisieren kann, muss der gemeinsame Schutz der Außengrenze gelingen, sonst bleiben Personenkontrollen an den Binnengrenzen der EU notwendig.

Die vorliegende Studie zeigt: Europa rechnet sich für die österreichische Bevölkerung und die Betriebe, und zwar sehr deutlich. Die ökonomischen Vorteile könnten aber noch größer sein, vor allem wenn der Binnenmarkt noch tiefer und funktionsfähiger wäre. Dafür lohnt es sich zu kämpfen.

7. Literatur

- [1.] Felbermayr, Gabriel (2024), Europa muss sich rechnen, Brandstätter Verlag (Wien).
- [2.] Felbermayr, Gabriel Jasmin Gröschl, Inga Heiland (2022), Complex Europe: Quantifying the cost of disintegration, *Journal of International Economics* 138: 103647 (doi.org/10.1016/j.jinteco.2022.103647).
- [3.] Felbermayr, Gabriel, und Inga Heiland (2024), Was kostet uns ein Dexit? Quantitative Ergebnisse einer volkswirtschaftlichen Analyse, Studie für die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), https://www.insm.de/fileadmin/insm-dms/downloads/20240420-Dexit_INSM_final.pdf.
- [4.] Felbermayr, Gabriel und Oliver Krebs (2023), Der volkswirtschaftliche Schaden von Decoupling in Deutschland: Szenarien auf Bundes-, Kreis- und Sektorebene, Studie im Auftrag der Stiftung Familienunternehmen (München).
- [5.] Letta, Enrico (2024), Much More than a Market, Report, Brüssel (<https://www.consilium.europa.eu/media/ny3i24sm/much-more-than-a-market-report-by-enrico-letta.pdf>).
- [6.] Nierhaus, Wolfgang (2022), Realwert des Bruttoinlandsprodukts und Terms of Trade: Ergebnisse für das Jahr 2022, *ifo Schnelldienst* 76(2): 47-53.
- [7.] Santamaria, Marta, Jaume Ventura und Ugur Yesilbayraktar (2020), Borders within Europe, NBER Working Papers 28301 (doi.org/10.3386/w28301).
- [8.] Santamaria, Marta, Jaume Ventura und Ugur Yesilbayraktar (2023), Exploring European Regional Trade, *Journal of International Economics* 146: 103747 (doi.org/10.1016/j.jinteco.2023.103747).
- [9.] Springford, John (2023), Are the costs of Brexit big or small? Center for European Reform (<https://www.cer.eu/insights/are-costs-brexit-big-or-small>).